

Schweiz

Babyboomer gehen auf die Barrikaden

Pensionäre im Abstimmungskampf Rentnerinnen und Rentner sehen ihre Generation derzeit als grosse Verliererin. Darum kämpfen sie so vehement für eine 13. AHV-Rente. Dieser Druck könnte von Dauer sein.

Philippe Reichen

Sie schreiben Leserbriefe und Onlinekommentare, verteilen Flyer und organisieren Protestveranstaltungen. Heute versammeln sie sich auf dem Bundesplatz zu einer Kundgebung. Rentnerinnen und Rentner werfen bis zum 3. März alles in die Waagschale, um die Abstimmung über eine 13. AHV-Rente zu gewinnen. Selbst leise Zweifel an der Legitimität einer Zusatzrente kornern sie in diesen Tagen mit offener, ungewohnter Schärfe. Und sie signalisieren: «Wir lassen nicht locker.» Warum diese Militanz?

«Es sind Existenzängste, die Seniorinnen und Senioren belasten bis weit in den Mittelstand hinein», sagt Bea Heim. Die 77-jährige Solothurnerin und Heilpädagogin sass für die SP im Nationalrat. Heute präsidiert sie «in Freiwilligenarbeit», so Heim, die 130'000 Mitglieder grosse, überparteiliche «Vereinigung aktiver Senior:innen und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz». Sie sagt: «Wir setzen uns ein für Seniorinnen und Senioren, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, für Menschen mit tiefen und mittleren Renten.»

«Schlimme Übertreibung»

In der Vereinigung sieht sie eine geeignete Echokammer, um aus ihr die Befindlichkeiten der Rentnerinnen und Rentner herauszuhören. Die steigenden Kosten für Lebensmittel, Strom, ÖV-Tickets, Mieten und Krankenkassenprämien trafen ältere Leute ganz besonders, sagt die SP-Frau. Anders als die Löhne würden die Renten mit der Teuerung nicht Schritt halten. «Viele werden das Gefühl nicht los, dass die Politik für alles Geld hat: für Stromkonzerne und Grossbanken, die sich verrechnet haben. Doch geht es um existenzsichernde AHV-Renten, fehlt das Geld – trotz Verfassungsauftrag.»

Wer Heim zuhört, erfährt: Die Pensionäre fühlen sich wirtschaftlich zur Seite geschoben und ignoriert. Sie, die ein Leben lang für ihr eigenes, aber auch das Wohl dieses Landes gearbeitet haben. Ignoriert auch von jenen Bundesrätinnen und Bundesräten, deren Saläre und Altersrenten sie mittragen, und die ihnen nach Hause geschrieben, die Initiative für eine 13. AHV-Rente sei «brandgefährlich».



Mit vollem Engagement für eine 13. AHV-Rente: Rentnerinnen und Rentner demonstrierten bereits am 14. Dezember 2022 auf dem Bundesplatz. Foto: Anthony Anex (Keystone)

Das löste Unmut aus. Unmut, den Ex-Bundesrat Adolf Ogi direkt zu spüren bekam. Bürger schrieben ihm Dutzende E-Mails und Briefe, viele geharnischte waren darunter. «Es geht nicht an, dass man Alt-Bundesräte derart diffamiert», wehrte sich Ogi in den CH-Media-Zeitungen.

Der bundesrätliche Brief ärgert auch Rolf Zimmermann. «Brandgefährlich!», ruft er empört ins Telefon und kann immer noch nicht glauben, diesen Brief, «diese schlimme Übertreibung», in seinem Briefkasten gehabt zu haben. Was die Rentnerinnen und Rentner in diesen Tagen zusammentreibe, sei aber nicht nur dieser Brief, sagt der 72-Jährige. «In unserer Bundesverfassung steht, dass die Renten den Existenzbedarf angemessen zu sichern haben.» Das tue die AHV als erste Säule längst nicht mehr, bei den privaten Pensionskassen sei die Lage noch dramatischer. «Die Renten sind im freien Fall,

darum sehen viele in dieser AHV-Abstimmung die einmalige Chance, selbst sofort etwas ändern zu können», sagt Zimmermann, der beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund die Rentnerinnen- und Rentner-Kommission präsidiert. Wenn man heute nichts ändere, ändere sich auch in Zukunft nichts, so Zimmermann.

Im Schatten der Luxusinsel

«Wenn man seine eigene finanzielle Situation aufbessern kann, dann tun das viele Leute auch. Das ist doch natürlich», sagt Ursula Rausser, ehemalige Pflegefachfrau, Ombudsfrau des Berner Inselspitals und Präsidentin der Grauen Panther Bern, eines Vereins für Seniorinnen und Senioren. In ihrem Umfeld hätten sich die Leute von Anfang an positioniert: dafür oder dagegen. Die Meinungen seien also gemacht, «und die Befürworter sehen, dass sie die Initiative nur dann durchbringen, wenn alle solidarisch

sind und für die gemeinsame Sache kämpfen».

Persönlich sei sie für die Einführung einer 13. AHV-Rente, sagt Rausser. Auch weil sie bei den Grauen Panther sehe, dass nicht wenige finanzielle Unterstützung bräuchten, um gemeinsam in die Wanderferien zu verreisen oder sich eine 50 Franken teure Carfahrt zu gönnen.

Natürlich lebe man in der Schweiz gewissermassen «auf einer Insel des Luxus, aber längst nicht alle Menschen führen auf dieser Insel ein gutes Leben». Betroffene verzichteten auf Ergänzungsleistungen, aus Gründen wie Scham oder der Angst, den Nachkommen Schulden zu hinterlassen, beobachtet Ursula Rausser. Der Brief der Alt-Bundesräte hat auch sie irritiert. Das sei «Angstmacherei».

Die Wut und Empörung über genau diesen Brief wird heute Rentnerinnen und Rentner aus der ganzen Schweiz auf den Bun-

desplatz treiben. Wird diese Kundgebung zum letzten grossen öffentlich wirksamen Statement vor der Abstimmung? «Demos sind eher nicht mein Ding», sagt Ursula Rausser. Auch Bea Heim glaubt nicht, dass Tausende nach Bern strömen werden, weil die Kundgebung spontan organisiert worden sei und für viele wohl zu kurzfristig komme.

Kämpferisch statt genügsam

SGB-Mann Zimmermann rechnet mit einem eher kleinen «Aktiönli», aber doch einem wichtigen Fingerzeig. Er sagt: «Wir müssen bis zum letzten Tag präsent sein. Die Leute müssen verstehen, dass sie nur dann eine Chance auf eine 13. AHV-Rente haben, wenn sie etwas dafür tun und zumindest den Stimmzettel abschicken oder in die Urne werfen.»

Den Abstimmungskampf beobachtet auch Sabina Misoch, Soziologin und Professorin für Altersforschung an der Fach-

hochschule Ostschweiz, mit grossem Interesse. «Wir sehen eine neue Generation von Seniorinnen und Senioren auf der politischen Bühne: die Generation der Babyboomer», sagt sie.

Die Leute seien zwischen 1946 und 1964 geboren, in der 68er-Generation sozialisiert worden und pochten auf die Einhaltung des Gesellschaftsvertrags. Sie seien fit, selbstbewusst, gebildet, anspruchsvoll, kämpferisch und hätten gelernt, für ihre Rechte auch auf der Strasse zu kämpfen.

«Sie lösen eine Generation von Pensionärinnen und Pensionären ab, die sich im Alter eher zurückgezogen haben und genügsam und weniger engagiert waren», stellt Misoch fest. Die Soziologin prophezeit: «Nach dem aktuellen Abstimmungskampf wird das Engagement der Seniorinnen und Senioren im selben Stil weitergehen. Das ist eine politische Herausforderung, der sich das Land stellen muss.»

Renitente Asylsuchende: Zweites Zentrum geplant

Bundesrat Das Staatssekretariat für Migration plant die Eröffnung eines weiteren besonderen Zentrums für renitente Asylsuchende. Bisher habe aber noch keine geeignete Einrichtung in der Deutschschweiz gefunden werden können. Das ist der gestern publizierten Antwort des Bundesrats auf eine Interpellation von FDP-Ständerat Damian Müller (LU) zu entnehmen. Dieser hatte sich nach verschiedenen Medienberichten erkundigt, was der Bund gegen kriminelle Asylsuchende tue. Derzeit gibt es ein besonderes Bundesasylzentrum

in Les Verrières im Kanton Neuchâtel. Gemäss Angaben des Bundesrats wurden dem Zentrum im Jahr 2023 108 Personen zugewiesen. Durchschnittlich waren sieben Personen in Les Verrières untergebracht – bei einer Kapazität von zehn Plätzen.

Beim besonderen Asylzentrum Les Verrières handelt es sich um ein sehr kleines Zentrum mit erhöhten Sicherheitsansprüchen. Entsprechend sind die jährlichen Betriebskosten pro Bett laut dem Bundesrat rund siebenmal höher als in den regulären Bundesasylzentren. (SDA)

Klimafonds für ökologische Projekte

Umweltschutz SP und Grüne reichen eine Volksinitiative ein.

Mit den Mitteln aus einem Klimafonds sollen künftig mehr Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut und der Erhalt von Lebensräumen und der Artenvielfalt gefördert werden. SP und Grüne haben eine entsprechende Volksinitiative eingereicht.

Gemäss eigenen Angaben wurden gestern knapp 130'000 Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben. Davon seien rund 105'000 gültig. Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik

(Klimafonds-Initiative)» wird von einer Allianz von Umweltorganisationen und Gewerkschaften unterstützt.

Das Begehren will Bund, Kantone und Gemeinden verpflichten, die vom Menschen verursachte Klimaerwärmung und deren Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt zu bekämpfen. Dies soll in Übereinstimmung mit den internationalen Klimaabkommen geschehen.

Wird die Initiative angenommen, muss der Bund den neuen Klimafonds spätestens ab dem dritten Jahr nach dem Ja füllen,

und zwar jährlich und bis 2050 mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Das entspricht einem Betrag zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken. Der Beitrag des Bundes an den Fonds kann laut Initiativtext «angemessen gesenkt» werden, wenn die Schweiz die nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

Falls die Initiative formell zustande kommt, wird sich als Nächstes der Bundesrat dazu äussern. Über die Vorlage könnte das Stimmvolk dann voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 2026 abstimmen. (SDA)

Nettozuwanderung steigt auf knapp 100'000 Personen

Statistik Die Zuwanderung in die Schweiz ist auch im letzten Jahr gestiegen. 98'851 Menschen mehr sind ein- als ausgewandert. Damit nahm die Nettozuwanderung um 11,8 Prozent zu im Vergleich zu 2022. Hauptgrund ist die hohe Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Die Zuwanderung stieg 2023 gegenüber dem Vorjahr um 19'118 Personen auf 181'553 an, wie das Staatssekretariat für Migration gestern mitteilte. Gleichzeitig wanderten 75'291 Personen aus der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung aus, das sind 1555 mehr als 2022. (SDA)